



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld, Martina Fehlner, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Andreas Lotte, Reinhold Strobl, Arif Tasdelen SPD**

Haushaltsplan 2017/2018;

hier: Insgesamt 20 neue Dozentenstellen an der Landesfinanzschule Bayern und dem Fachbereich Finanzwesen der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (Kap. 06 06 und 06 14 jeweils Tit. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Für je 10 Stellen in der 3. Qualifizierungsebene (QE) für Dozentinnen und Dozenten an der Landesfinanzschule Bayern und der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege (Fachbereich Finanzwesen) werden in den Jahren 2017 und 2018 jeweils Mittel in Höhe von insgesamt 860,0 Tsd. Euro zusätzlich eingestellt, davon pro Jahr 430,0 Tsd. Euro im Kap. 06 06 Tit. 422 01 (für die Landesfinanzschule Bayern) und 430,0 Tsd. Euro im Kap. 06 14 Tit. 422 01 (für die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege).

Die Stellenpläne der Landesfinanzschule und der Fachhochschule werden entsprechen angepasst.

Begründung:

Die Zahl der Anwärterinnen und Anwärter in Ausbildung ist den vergangenen Jahren stark angestiegen. Zu Beginn des Jahres 2016 befanden sich in den zwei Jahrgängen der 2. QE und den drei Jahrgängen der 3. QE insgesamt 2.196 Anwärterinnen und Anwärter in Ausbildung, 2012 waren es bspw. erst 1.474, im Jahr 2008 nur 674 Anwärterinnen und Anwärter. Auch wenn es 2017 zusätzliche vier Stellen in der BesGr. A 11 an der Landesfinanzschule geben soll, ist die Anzahl der Dozentinnen und Dozenten in den vergangenen Jahren im Wesentlichen gleich geblieben. Das wird aufgefangen auch durch Abordnungen von Beamtinnen und Beamten zu Ausbildungszwecken von den Finanzämtern, wodurch sich die Personalprobleme dort noch weiter verschärfen.

Die geforderten zusätzlichen 20 Stellen für Dozentinnen und Dozenten sind zur soliden Erhöhung der Ausbildungskapazitäten aber auch zur Entlastung der Steuerverwaltung erforderlich, zumal im Doppelhaushalt pro Jahr jeweils über 400 zusätzliche Stellen für Anwärterinnen und Anwärter geschaffen werden sollen.